

Sächsisches Amtsblatt

Amtlicher Anzeiger Nr. 6/2025

6. Februar 2025

Inhaltsverzeichnis

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Zweckverbandes Kulturreum
Oberlausitz-Niederschlesien zur 135. Sitzung des
Kulturkonventes vom 23. Januar 2025 A 78

Bekanntmachung des Abwasserzweckverbandes
„Muldental“ (Freiberger Mulde) Haushaltssatzung
für das Jahr 2025 vom 21. Januar 2025 A 79

Bekanntmachung des Zweckverbandes „Kommunale
Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres
Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA) über die Ver-
äußerung des Grundstückes „Oberer Talweg 1 in
Rochlitz“ vom 22. Januar 2025..... A 80

Bekanntmachung des Regionalen Abfallverban-
des Oberlausitz-Niederschlesien (RAVON) – Sitz
Schöpstal – über die Bestätigung der Haushalts-
satzung mit Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 vom
13. Januar 2025 A 81

Haushaltssatzung des Regionalen Abfallverbandes
Oberlausitz-Niederschlesien – Sitz Schöpstal – für
das Haushaltsjahr 2025 A 82

Bekanntmachung des Zweckverbandes Abfallwirt-
schaft Oberes Elbtal (ZAOE) zur Auslegung des Be-
teiligungsberichtes für das Berichtsjahr 2023 vom
23. Januar 2025 A 83

Bekanntmachung des Zweckverbandes Abfallwirt-
schaft Oberes Elbtal zu Jahresabschluss und Lage-
bericht 2023 vom 23. Januar 2025 A 83

Bekanntmachung des Regionalen Planungsver-
bands Leipzig-West Sachsen über das Inkrafttreten
der Satzung zur Änderung der Verbandssatzung
vom 22. Januar 2025 A 86

Satzung des Regionalen Planungsverbandes Leip-
zig-West Sachsen A 86

Bekanntmachung des Regionalen Planungsverban-
des Oberlausitz-Niederschlesien über die 124. Sit-
zung der Verbandsversammlung Erweiterte Tages-
ordnung vom 24. Januar 2025 A 91

Gerichte

Aufgebotsverfahren..... A 92

Zivilgericht..... A 94

Stellenausschreibungen A 96

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung

des Zweckverbandes Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien

zur 135. Sitzung des Kulturkonventes

Vom 23. Januar 2025

Die 135. Sitzung des Kulturkonventes des Kulturraumes Oberlausitz-Niederschlesien findet am Freitag, dem 14. Februar 2025, um 09:30 Uhr, in der Stiftung für das sorbische Volk Bautzen, Postplatz 2, Saal, 02625 Bautzen, statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Protokollbestätigung der 133. Beratung vom 25. Oktober 2024

Nichtöffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

4. Beschlussvorlage Nummer 684: Haushaltssatzung 2025
5. Beschlussvorlage Nummer 685: Förderliste Institutionelle Förderung 2025
6. Beschlussvorlage Nummer 686: Förderliste Projektförderung 2025
7. Beschlussvorlage Nummer 687: Förderliste Investitionen 2025
8. Beschlussvorlage Nummer 688: Projekt Netzwerkstelle Kulturelle Bildung
9. Sonstiges

Anschließend findet das Pressegespräch unter Beteiligung der Konventsmitglieder statt.

Görlitz, den 23. Januar 2025

Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien
Dr. Stephan Meyer
Vorsitzender des Kulturkonventes

Bekanntmachung des Abwasserzweckverbandes „Muldental“ (Freiberger Mulde) Haushaltssatzung für das Jahr 2025

Vom 21. Januar 2025

Aufgrund § 48 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit §95a der Sächsischen Gemeindeordnung und § 16 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung hat die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung vom 26. November 2024 den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2025 beschlossen (vergleiche Beschluss Nr. 1178/11/24). Die rechtsaufsichtliche Genehmigung durch die Landesdirektion Sachsen erfolgte mit Bescheid vom 14. Januar 2025 (Az.: 20-2217/53/25).

– Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit auf	9.306.000 €
– Mittelabfluss aus laufender Finanzierungstätigkeit auf	1.589.000 €
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit auf	7.717.000 €
festgesetzt.	

§1

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2025, der die für die Erfüllung der Aufgaben des AZV voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie die eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird:

im Erfolgsplan mit dem

– Gesamtbetrag der Erträge auf	6.358.260 €
– Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	6.166.800 €
– Gewinn/Verlust	191.460 €

im Liquiditätsplan mit dem

– Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	3.205.760 €
– Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	1.735.000 €

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit auf 1.470.760 €

– Mittelzufluss aus Investitionstätigkeit auf	0 €
– Mittelabfluss aus laufender Investitionstätigkeit auf	9.306.000 €

Cashflow aus der Investitionstätigkeit auf –9.306.000 €

§2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden festgesetzt auf	8.218.000 €
--	-------------

§3

Verpflichtungsermächtigungen werden festgesetzt auf	9.355.000 €
---	-------------

§4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf festgesetzt.	700.000 €
---	-----------

§5

Die Kostenerstattung für die Straßenentwässerungsanteile wird gemäß § 12 Absatz 1 Satz 3, Absatz 2, 3 und 6 der Verbandssatzung für die investiven Straßenentwässerungskosten (STEA-Invest) auf	118.000 €
und für die Betriebskosten der Straßenentwässerung (STEA-Betrieb) auf	85.000 €
festgesetzt.	

Halsbrücke, den 21. Januar 2025

Abwasserzweckverband „Muldental“
Torsten Schreckenbach
stellv. Verbandsvorsitzender

Die Haushaltssatzung für das Jahr 2025 einschließlich Wirtschaftsplan liegt gemäß § 76 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Zeit vom 10. Februar 2025 bis 14. Februar 2025 in der Geschäftsstelle des Abwasserzweckverbandes „Muldental“, Bahnhofstraße 2, 09633 Halsbrücke zur Ein-

sichtnahme öffentlich aus. Die Auslegung erfolgt während der üblichen Dienstzeiten:

Montag, Dienstag, Mittwoch	7:30–15:30 Uhr
Donnerstag	7:30–18:00 Uhr
Freitag	7:30–12:00 Uhr

**Bekanntmachung
des Zweckverbandes „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung
Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA)
über die Veräußerung des Grundstückes
„Oberer Talweg 1 in Rochlitz“**

Vom 22. Januar 2025

Der ZWA schreibt hiermit auf Basis der Verwaltungsvorschrift Kommunale Grundstücksveräußerung das nachfolgende Grundstück nochmals aus:

- Rochlitz, Gemarkung Rochlitz, Oberer Talweg 1, 2.313 m² (Flurstücke 647/4, 647/6, 647/13, 647/15) bebaut mit einer Mehrzweckhalle, einem Flachbau und einem Nebengebäude.

Für dieses Grundstück liegt ein entsprechendes Verkehrswertgutachten vor. Dieses kann während der Geschäftszeiten in der Geschäftsstelle des ZWA, Haus A, Zimmer 3.25, Käthe-Kollwitz-Straße 6, 09661 Hainichen, nach telefonischer Voranmeldung unter 037207/64103,

eingesehen werden. Gleiches gilt für die Besichtigung des Grundstückes.

Das Gebot ist unter Beachtung einer Mehrerlösklausel bis spätestens 7. März 2025, 10:00 Uhr, in der Geschäftsstelle des ZWA im verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift „Öffentliche Ausschreibung Grundstück ZWA“ einzureichen (ZWA Hainichen, Käthe-Kollwitz-Str. 6, 09661 Hainichen). Sollte der Kauf durch natürliche Personen erfolgen, entfällt die Mehrerlösklausel.

Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage des ZWA unter: www.zwa-mev.de.

Hainichen, den 22. Januar 2025

Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA)
Ronny Hofmann
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung
des Regionalen Abfallverbandes Oberlausitz-Niederschlesien (RAVON)
– Sitz Schöpstal –
über die Bestätigung der Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan
für das Jahr 2025
Vom 13. Januar 2025

Die Verbandsversammlung des Regionalen Abfallverbandes Oberlausitz-Niederschlesien (RAVON) hat in ihrer Sitzung am 21. November 2024 die Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 beschlossen. Diese Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan wurde mit Schreiben vom 27. November 2024 der Landesdirektion Sachsen zur Bestätigung vorgelegt. Von der Rechtsaufsichtsbehörde wurde mit Bescheid vom 6. Januar 2025 die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses über die Haushaltssatzung einschließlich des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2025 bestätigt.

Auf Grund von § 58 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), in Verbindung mit §§ 74 und 76 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, sowie § 16 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 816) sowie des § 28 der Verbandssatzung des Regionalen Abfallverbandes Oberlausitz-Niederschlesien (RAVON) vom 21. Dezember 2017 (SächsABl. S. 355) wird die Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2025 des Regionalen Abfallverbandes Oberlausitz-Niederschlesien hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Auf die öffentliche Auslegung der bestätigten Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2025 in der Zeit

vom 7. Februar 2025 bis einschließlich 17. Februar 2025
(sieben Arbeitstage)

in folgenden Landratsämtern wird hingewiesen:

Landkreis Bautzen
Landratsamt
Abfallamt
Zimmer 005 (Sekretariat)
Garnisonsplatz 6
01917 Kamenz
Dienstag 8:30–18:00 Uhr
Donnerstag 8:30–18:00 Uhr
Telefon: 03591 5251-70001

Landkreis Görlitz
Landratsamt
Regiebetrieb Abfallwirtschaft
Zimmer 1.22.1
Muskauer Straße 51
02906 Niesky
Dienstag und Mittwoch 9:00–12:00 Uhr
13:30–16:00 Uhr
Donnerstag 9:00–12:00 Uhr
13:30–18:00 Uhr
Telefon: 03588 261-702

Die öffentliche Auslegung der bestätigten Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2025 erfolgt darüber hinaus in der Zeit vom 7. Februar 2025 bis 17. Februar 2025 auf der Homepage des Regionalen Abfallverbandes Oberlausitz-Niederschlesien (www.RAVON.de).

Schöpstal, den 13. Januar 2025

Regionaler Abfallverband Oberlausitz-Niederschlesien
Dr. Romy Reinisch
Verbandsvorsitzende

Haushaltssatzung des Regionalen Abfallverbandes Oberlausitz-Niederschlesien – Sitz Schöpstal – für das Haushaltsjahr 2025

§ 1

Im **Ergebnishaushalt** mit dem

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	21.574.800 Euro
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	28.494.800 Euro
Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) auf	-6.920.000 Euro
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	0 Euro
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0 Euro
Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf	0 Euro
Gesamtergebnis auf	-6.920.000 Euro

Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus dem Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo der Gesamtbeträge der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

-3.319.800 Euro

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf 0 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf 0 Euro
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf 0 Euro

Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr auf -3.319.800 Euro

Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren auf	6.920.000 Euro
Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren auf	0 Euro
Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0 Euro
Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0 Euro
veranschlagtem Gesamtergebnis auf	0 Euro

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 1.500.000 Euro.

Im **Finanzhaushalt** mit dem

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	21.194.800 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	23.750.600 Euro
Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo der Gesamtbeträge der Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	-2.555.800 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	380.000 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	1.144.000 Euro
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-764.000 Euro

§ 5

- 1) Eine Investitionskostenumlage zur Deckung von Investitionsausgaben wird nicht veranschlagt.
- 2) Eine Umlage zur Deckung des laufenden Finanzbedarfs (Mindermengenumlage) wird wie folgt festgesetzt:
 - a) Landkreis Bautzen: 153.966 Euro
 - b) Landkreis Görlitz: 129.625 Euro

§ 6

Die Stellenübersicht wird als Bestandteil des Wirtschaftsplanes festgesetzt.

Schöpstal, 13.01.2025

Regionaler Abfallverband Oberlausitz-Niederschlesien
Dr. Romy Reinisch
Verbandsvorsitzende

**Bekanntmachung
des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE)
zur Auslegung des Beteiligungsberichtes für das Berichtsjahr 2023**

Vom 23. Januar 2025

Auf der Grundlage des § 99 der Sächsischen Gemeindeordnung wurde der Beteiligungsbericht des ZAOE für das Berichtsjahr 2023 erstellt. Die Verbandversammlung nahm den Bericht in ihrer öffentlichen Sitzung am 9. Januar 2025 zur Kenntnis.

Der Beteiligungsbericht wird gemäß § 99 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung

**in der Zeit vom 7. Februar 2025–17. Februar 2025
in der Geschäftsstelle des ZAOE,
Meißner Straße 151a/153
in 01445 Radebeul**

zur Einsicht durch Jedermann während der üblichen Sprechzeiten öffentlich ausgelegt. Der Beteiligungsbericht steht gleichzeitig auf der Internetseite des Zweckverbandes unter www.zaoe.de zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Radebeul, den 23. Januar 2025

Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal
Michael Geisler
Landrat und Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal
zu Jahresabschluss und Lagebericht 2023**

Vom 23. Januar 2025

Aufgrund von § 58 des Sächsischen Gesetz über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, sowie des § 27 der Verbandsatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE) vom 23. Februar 2024 (SächsABl. S. 220) wird bekannt gemacht:

Die Verbandsversammlung hat in der Sitzung am 13. November 2024 mit Beschluss VV 4/24 folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Verbandsversammlung stellt den Jahresabschluss 2023 des Verbandes fest.
2. Die Verbandsversammlung beschließt folgende Ergebnisverwendungen/-umbuchungen:
 - Der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Jahresüberschuss in Höhe von 4.854.282,43 EUR setzt sich (kalkulatorisch) wie folgt zusammen:
 - Tilgung des Verlustvortrages (aus dem Kalkulationszeitraum 2017–2019) in Höhe von 1.033.186,14 EUR;
 - einem Jahresüberschuss im nicht gebührenfähigen Haushalt in Höhe von 155.066,13 EUR als Zuführung zur allgemeinen Rücklage;
 - Umbuchung in die Gebührenausschleichsverbindlichkeit (als Überdeckung aus 2023) in Höhe von 3.666.030,16 EUR
 - Umbuchung von 441.598,17 EUR aus der allgemeinen in die zweckgebundene Rücklage (Passivtausch)

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht 2023 vom

7. Februar 2025 – 17. Februar 2025

in der Geschäftsstelle des ZAOE, Meißner Straße 151a/153, 01445 Radebeul jeweils Montag, Mittwoch und Freitag von 9:00 bis 12:00 Uhr sowie Dienstag und Donnerstag von 9:00 bis 12:00 Uhr und von 14:00 bis 18:00 Uhr öffentlich ausliegen.

Anlage 1
(zum Beschluss VV 4/24)

1.	die Feststellung des Jahresabschlusses	
2.	die Verwendung des Jahresgewinns/Behandlung des Jahresverlustes	
	im Gebührenhaushalt	1 033 186,14 EUR
		3 666 030,16 EUR
	im nicht gebührenfähigen Haushalt	155 066,13 EUR
1	die Feststellung des Jahresabschlusses	
1.1	Bilanzsumme	48 578 149,88 EUR
1.1.1	davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	– das Anlagevermögen	39 165 640,53 EUR
	– das Umlaufvermögen	9 397 610,31 EUR
	– Rechnungsabgrenzungsposten	14 899,04 EUR

1.1.2	davon entfallen auf der Passivseite	
	– das Eigenkapital	9 069 423,03 EUR
	– die empfangenen Ertragszuschüsse	
	– die Rückstellungen	26 362 117,32 EUR
	– die Verbindlichkeiten	13 146 609,53 EUR
	– Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 EUR
1.2	Jahresgewinn	4 854 282,43 EUR
1.2.1	Summe der Erträge	45 138 990,68 EUR
1.2.2	Summe der Aufwendungen	40 284 708,25 EUR
2	Verwendung des Jahresgewinns/ Behandlung des Jahresverlustes	
2.1	bei einem Jahresgewinn:	
	a) zur Tilgung des Verlustvortrages	1 033 186,14 EUR*
	b) zur Einstellung in Rücklagen	155 066,13 EUR*
	c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde	
	d) auf neue Rechnung vorzutragen	3 666 030,16 EUR*
2.2	bei einem Jahresverlust:	
	a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
	b) aus dem Haushalt der Gemeinde auszugleichen	
	c) auf neue Rechnung vorzutragen	

* Die Summe der Beträge ergibt den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss.

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE)

Prüfungsurteile

Ich habe den Jahresabschluss des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus habe ich den Lagebericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal, Radebeul für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 geprüft.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den §§ 26 bis 29 und § 31 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung i. V. m. den einschlägigen deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes zum 31.12.2023 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht dem § 30 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erkläre ich, dass meine Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Ich habe meine Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 32 der Sächsischer Eigenbetriebsverordnung unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Meine Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ meines Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Ich bin von dem Zweckverband unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und habe meine sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Ich bin der Auffassung, dass die von mir erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den §§ 26 bis 29 sowie dem § 31 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, dem § 30 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit dem § 30 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Meine Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, dem § 30 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB in Verbindung mit § 32 SächsEigBVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung übe ich pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahre eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifiziere und beurteile ich die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, plane und führe Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlange Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinne ich ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Zweckverbandes abzugeben;
- beurteile ich die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzli-

chen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;

- ziehe ich Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls ich zu dem Schluss komme, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, bin ich verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, mein jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Ich ziehe meine Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum meines Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Zweckverband seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- beurteile ich Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt;
- beurteile ich den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Zweckverbandes;
- führe ich Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehe ich dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteile die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen gebe ich nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Ich erörtere mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die ich während meiner Prüfung feststelle.

Bautzen, 28. Juni 2024

Dirk Urban
Wirtschaftsprüfer“

Radebeul, den 23. Januar 2025

Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal
Michael Geisler
Landrat und Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-Westsachsen über das Inkrafttreten der Satzung zur Änderung der Verbandssatzung

Vom 22. Januar 2025

Der Regionale Planungsverband Leipzig-Westsachsen hat seine Verbandssatzung, letzte Fassung entsprechend der Bekanntmachung vom 1. August 2019 (SächsABl. AAz. S. A527), mit dem Beschluss der Verbandsversammlung vom 6. Dezember 2024 als Satzung geändert (Beschluss Nummer VIII/VV/01/05/2024).

Die Beschlussfassung erfolgte nach § 9 Absatz 3 Satz 2 des Landesplanungsgesetzes vom 11. Dezember 2018

(SächsGVBl. S. 706), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Juni 2024 (SächsGVBl. S. 522) geändert worden ist, mit der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder.

Die Satzung zur Änderung der Verbandssatzung tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft. Zugleich tritt die Satzung in der am 1. August 2019 bekannt gemachten Fassung außer Kraft.

Leipzig, den 22. Januar 2024

Regionaler Planungsverband Leipzig-Westsachsen
Graichen
Verbandsvorsitzender

Satzung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-Westsachsen

Vom 22. 01. 2025

Inhaltsübersicht

- § 1 Aufgaben der Verbandsversammlung
- § 2 Sitzungen der Verbandsversammlung
- § 3 Beschlüsse und Wahlen
- § 4 Verbandsräte
- § 5 Planungsausschuss
- § 6 Braunkohlenausschuss
- § 7 Verbandsvorsitzender und Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden
- § 8 Sitz des Verbands, Verbandsverwaltung
- § 9 Deckung des Finanzbedarfs und Verbandswirtschaft
- § 10 Öffentliche Bekanntmachungen
- § 11 Inkrafttreten

Anlage Gemeinden im Braunkohlenplangebiet Leipzig-Westsachsen

§ 1 – Aufgaben der Verbandsversammlung

- (1) Aufgaben der Verbandsversammlung sind:
- 1. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter, deren Vertretungsreihenfolge dabei festzulegen ist
 - 2. die Beschlussfassung zur Aufstellung, Änderung und Fortschreibung des Regionalplans und der Braunkohlenpläne als Teile des Regionalplans
 - 3. die Beschlussfassung zu den Entwürfen des Regionalplans und der Braunkohlenpläne
 - 4. die Beschlussfassung zu den Satzungen zum Regionalplan und der Braunkohlenpläne

- 5. die Beschlussfassung zur Verbandssatzung
- 6. die Beschlussfassung zur Entschädigungssatzung
- 7. die Bildung zeitweiliger beratender oder beschließender Ausschüsse sowie die Wahl der Mitglieder und der Stellvertreter in diese Ausschüsse
- 8. die Beschlussfassung über die vom Planungs- und vom Braunkohlenausschuss vorgelegten Angelegenheiten
- 9. die Berufung der beratenden Mitglieder und ihrer Stellvertreter für die Verbandsversammlung
- 10. die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung, die Nachtragshaushaltssatzung, die Verbandsumlage sowie Einwendungen gegen die Haushaltssatzung
- 11. die Feststellung des Jahresabschlusses
- 12. die Beschlussfassung über die allgemeinen Grundsätze, nach denen die Verwaltung des Verbands zu führen ist, einschließlich deren Unterbringung und der Dienstordnung
- 13. die Bestellung des Leiters der Verbandsverwaltung
- 14. die Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Landesentwicklungsplan Sachsen
- 15. die Information der obersten Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde über den Stand der Regionalplanung
- 16. die grundsätzlichen Entscheidungen zur raumordnerischen Zusammenarbeit nach § 13 ROG und nach § 13 SächsLPIG
- 17. die grundsätzlichen Entscheidungen zur Kontrolle der ordnungsgemäßen Einhaltung des Regionalplans und der Braunkohlenpläne einschließlich Monitoring
- 18. die Wahl der Vertreter des Verbands in der Raumordnungskommission Halle-Leipzig

(2) Die Verbandsversammlung kann der Verbandsverwaltung und deren Leiter Aufgaben übertragen.

§ 2 – Sitzungen der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist nach Bedarf, mindestens jedoch einmal jährlich, durch den Verbandsvorsitzenden einzuberufen. Sie ist auch einzuberufen, wenn dies von mindestens einem Viertel der Verbandsräte unter Angabe der Beratungsgegenstände gefordert wird.

(2) Die Einberufung erfolgt durch den Verbandsvorsitzenden schriftlich unter Angabe von Tagungszeit und -ort. Die Einladung ist den Verbandsräten und den beratenden Mitgliedern spätestens drei Wochen vor Beratungstermin zuzuleiten. In dringenden Fällen kann die Frist bis auf fünf Tage verkürzt werden. Die Beratungsgegenstände sollen den Verbandsräten und den beratenden Mitgliedern frühzeitig, nach Möglichkeit mit der Einladung, bekannt gegeben werden. Die Behandlung von Tischvorlagen und sonstigen erst in der Sitzung bekannt gewordenen Gegenständen kann mit Mehrheit der Stimmen der anwesenden Verbandsräte abgelehnt werden.

(3) Die oberste Landesplanungsbehörde wird zu den Sitzungen eingeladen.

(4) Ein Vertreter der Verbandsverwaltung ist zur Teilnahme verpflichtet.

(5) Die Sitzungen werden vom Verbandsvorsitzenden, im Verhinderungsfall von einem seiner Stellvertreter geleitet.

(6) Über die Sitzungen wird ein Protokoll gefertigt.

(7) Die Sitzungen sind öffentlich. Soweit Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder berechnete Interessen Einzelner dem entgegenstehen, kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Hierüber wird in nicht öffentlicher Sitzung beraten und beschlossen. Die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse sind nach Wegfall der Gründe für die Geheimhaltung öffentlich bekannt zu geben. Die Verbandsräte und die Mitarbeiter der Verbandsverwaltung sind zur Verschwiegenheit über alle in nicht öffentlicher Sitzung behandelten Angelegenheiten verpflichtet, bis sie durch den Verbandsvorsitzenden von der Schweigepflicht entbunden werden.

(8) Die Verbandsräte und bei deren Abwesenheit ihre Stellvertreter haben Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und des Verdienstausfalls für die Teilnahme an Sitzungen der Gremien, für die sie gewählt sind, nach Maßgabe der Entschädigungssatzung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-Westsachsen.

§ 3 – Beschlüsse und Wahlen

(1) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Verbandsräte geladen und mehr als die Hälfte von ihnen bzw. ihrer Stellvertreter anwesend sind. Stimmberechtigt sind nur die Verbandsräte und bei deren Abwesenheit ihre Stellvertreter.

(2) Eine infolge der Nichtbeschlussfähigkeit des Gremiums neu angesetzte Sitzung der Verbandsversammlung ist unabhängig von der Zahl der anwesenden Verbandsräte oder ihrer Stellvertreter beschlussfähig, wenn darauf in der Einladung ausdrücklich hingewiesen wurde.

(3) Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst, wobei jedoch mindestens ein Drittel der anwesenden stimmberechtigten Verbandsräte zustimmen muss.

(4) Beschlussfassungen erfolgen offen. Aus wichtigem Grund kann die geheime Abstimmung beschlossen werden. Der Beschluss über die geheime Abstimmung wird auf Antrag eines Verbandsrats gefasst.

(5) Wahlen werden geheim durchgeführt. Offen kann gewählt werden, wenn kein Verbandsrat widerspricht. Wird bei Wahlen im ersten Wahlgang keine Mehrheit erreicht, erfolgt eine Stichwahl der beiden Bewerber mit den höchsten Stimmzahlen. Haben mehrere Bewerber im ersten Wahlgang gleiche Stimmzahlen, entscheidet das Los über die Teilnahme an der Stichwahl. Wird in diesem zweiten Wahlgang Stimmgleichheit erzielt, entscheidet ebenfalls das Los.

(6) Die Verbandssatzung sowie deren Änderungen sind von der Mehrheit der Stimmen aller stimmberechtigten Mitglieder der Verbandsversammlung zu beschließen.

§ 4 – Verbandsräte

(1) Die Landräte und der Oberbürgermeister der kreisfreien Stadt Leipzig werden als „geborene“ Mitglieder der Verbandsversammlung in Anwendung von § 50 Abs. 1 und 3 SächsLKrO bzw. § 55 Abs. 1 und 4 SächsGemO durch ihre Beigeordneten vertreten. Dabei ist die Reihenfolge der Vertretung im Verhinderungsfall durch die jeweiligen Kreistage bzw. den Stadtrat der kreisfreien Stadt Leipzig festzulegen.

(2) Scheidet ein weiterer Verbandsrat oder ein Stellvertreter durch Rücktritt oder durch Abwahl durch die entsendende Mitgliedskörperschaft aus der Verbandsversammlung aus, so ist durch diese unverzüglich ein Nachfolger für die verbleibende Wahlperiode zu wählen.

§ 5 – Planungsausschuss

(1) Der Planungsausschuss ist ein ständiger Ausschuss der Verbandsversammlung.

(2) Der Planungsausschuss besteht aus je drei Vertretern der Mitgliedskörperschaften, die durch diese zu wählen sind. Sie müssen als stimmberechtigte Mitglieder der Verbandsversammlung angehören. Für jedes Planungsausschussmitglied ist ein Vertreter zu wählen; dieser kann auch aus den Reihen der Vertreter der Verbandsräte kommen. Die Amtszeit des Planungsausschusses richtet sich nach der Amtszeit der Verbandsversammlung.

(3) Ein Planungsausschussmitglied bzw. dessen Stellvertreter scheidet durch Rücktritt, Abwahl durch die entsendende Mitgliedskörperschaft oder Verlust des Amts als Verbandsrat bzw. Stellvertreter vorzeitig aus dem Ausschuss. In diesem Fall ist durch die entsendende Mitgliedskörperschaft unverzüglich ein Nachfolger zu wählen.

(4) Der Planungsausschuss bereitet die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen der Verbandsversammlung mit Ausnahme zu den unter § 6 erfassten Positionen vor.

(5) Der Planungsausschuss wird von seinem Vorsitzenden nach Erfordernis einberufen. Die Tagesordnung ist mit der Einladung zu übermitteln. Er muss unverzüglich einberu-

fen werden, wenn ein Drittel seiner stimmberechtigten Mitglieder es verlangt.

(6) Für die Sitzungen des Planungsausschusses gelten die Regelungen nach §§ 3 und 4 entsprechend.

(7) Zu den Sitzungen werden das Sächsische Staatsministerium des Innern als oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde sowie die Landesdirektion Sachsen als Raumordnungsbehörde als beratendes Mitglied eingeladen. Weitere beratende Mitglieder können durch Entscheidung des Planungsausschusses hinzugezogen werden.

§ 6 – Braunkohlenausschuss

(1) Der Braunkohlenausschuss ist der erweiterte Planungsausschuss.

(2) Der Braunkohlenausschuss bereitet alle sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Braunkohlenplanung für das Braunkohlenplangebiet Leipzig-West-sachsen nach der Anlage zu dieser Satzung vor.

(3) Zu den Sitzungen werden mit beratender Stimme eingeladen:

- a) die Bürgermeister der unmittelbar betroffenen Städte und Gemeinden
- b) ein Vertreter der örtlich zuständigen oberen Raumordnungsbehörde
- c) ein Vertreter des Sächsischen Oberbergamts
- d) ein Vertreter des Sächsischen Landesamts für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie
- e) ein Vertreter der Landwirtschaftsverwaltung
- f) ein Vertreter des jeweiligen Bergbautreibenden sowie
- g) ein Vertreter der Forstverwaltung
- h) ein Vertreter des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins (DEBRIV)
- i) ein Vertreter der Gewerkschaften
- j) ein Vertreter der im Freistaat Sachsen anerkannten Naturschutzverbände

(4) Nach einer Grundsatzentscheidung der Verbandsversammlung im Zusammenhang mit dem Freigabebeschluss zur Durchführung der Anhörung und öffentlichen Auslegung von Braunkohlenplänen nach § 9 Abs. 2 und 3 ROG i. V. m. § 6 Abs. 1 und 2 SächsLPiG dazu, ob eine Erörterungsverhandlung erforderlich ist, liegt die Durchführung im Sinne von § 73 Abs. 6 und 7 VwVfG in der jeweils geltenden Fassung beim Braunkohlenausschuss. Der Erörterungsbericht des Braunkohlenausschusses mit Feststellung der Anwesenheit der Einwender bei der Verhandlung, zum Ausgleich der Meinungen und seinen Abwägungsempfehlungen ist der Verbandsversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

(5) Im Übrigen gelten die für den Planungsausschuss geltenden Bestimmungen entsprechend.

§ 7 – Verbandsvorsitzender und Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden

(1) Der Verbandsvorsitzende und seine beiden Stellvertreter werden durch die Verbandsversammlung unter Bindung an die Wahlvorschläge gewählt, wenn mindestens zwei gültige Wahlvorschläge vorliegen. Alle Verbandsräte sind berechtigt, Wahlvorschläge einzureichen. Die Wahlvorschläge sind getrennt für die Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter vorzulegen. Jeder Wahlvorschlag muss die Unterschrift von Verbandsräten tragen. Mit dem Wahlvorschlag ist eine unterzeichnete Erklärung des Vor-

geschlagenen einzureichen, mit der er seine Zustimmung zur Kandidatur erklärt. Die Wahlvorschläge sind bei der Verbandsverwaltung bis spätestens eine Woche vor der Wahl im Original einzureichen. Nach Vorprüfung durch die Verbandsverwaltung entscheidet ein dreiköpfiger Wahlausschuss, der vom Verbandsvorsitzenden nach Vorschlägen aus der Mitte der Verbandsversammlung bestellt wird, über die Zulässigkeit der Wahlvorschläge.

(2) Der Verbandsvorsitzende und sein 1. oder 2. Stellvertreter üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie gewählt sind, bis zum Amtsantritt des neu gewählten Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter weiter aus. Dies gilt nicht im Fall der vorzeitigen Beendigung der Tätigkeit nach Absatz 3. In diesem Fall wird die Tätigkeit des Verbandsvorsitzenden bis zur Neuwahl durch seine Stellvertreter wahrgenommen. Trifft Absatz 3 für den Verbandsvorsitzenden und seine Stellvertreter gleichzeitig zu, so wird die Funktion des Verbandsvorsitzenden bis zur Neuwahl eines Verbandsvorsitzenden vom lebensältesten Verbandsrat wahrgenommen.

(3) Die Tätigkeit als Verbandsvorsitzender oder als Stellvertreter endet vorzeitig durch:

1. Verlust des Amts als Verbandsrat in der Verbandsversammlung
2. Rücktritt oder
3. Abwahl durch die Verbandsversammlung mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Zahl aller Verbandsräte

Zwischen der Antragstellung auf Abwahl und der Sitzung der Verbandsversammlung muss eine Frist von mindestens fünf Tagen liegen. Im Fall der vorzeitigen Beendigung der Tätigkeit als Verbandsvorsitzender oder als Stellvertreter ist unverzüglich ein neuer Verbandsvorsitzender oder Stellvertreter zu wählen.

(4) Für die Rechtsverhältnisse und die Befangenheit gilt § 10 Abs. 4 Satz 2 SächsLPiG entsprechend.

(5) Der Verbandsvorsitzende hat über die ihm nach § 11 SächsLPiG übertragenen Aufgaben hinaus die Pflicht, die Beschlüsse der Verbandsorgane auf Rechtmäßigkeit zu prüfen, erforderlichenfalls zu widersprechen bzw. zu beanstanden.

(6) Der Verbandsvorsitzende ist Dienstvorgesetzter der Bediensteten des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West-sachsen.

(7) Der Verbandsvorsitzende kann in dringenden Fällen zusammen mit einem stimmberechtigten Verbandsrat Eilbeschlüsse fassen. Sie bedürfen der unverzüglichen nachträglichen Bekanntgabe an die Verbandsversammlung. Ausgenommen von Eilbeschlüssen sind Beschlüsse, die eine Änderung der Verbands-, Haushalts- oder Entschädigungssatzung betreffen.

§ 8 – Sitz des Verbands, Verbandsverwaltung

(1) Der Regionale Planungsverband Leipzig-West-sachsen hat seinen Sitz in Leipzig. Der Dienstsitz der Verbandsverwaltung ist Leipzig.

(2) Zur Umsetzung der laufenden Geschäfte des Verbands und weiterer Aufgaben entsprechend § 1 dient die Verbandsverwaltung mit Bediensteten entsprechend dem Stellenplan als Bestandteil des jeweiligen Haushaltsplans. Die Dienststelle der Verbandsverwaltung trägt die Bezeichnung „Regionale Planungsstelle“.

(3) In Umsetzung der Beschlüsse der Versammlungen sowie im Zuge seiner Organzuständigkeit überträgt und beaufsichtigt der Verbandsvorsitzende Aufgaben auf die Leitung der Verbandsverwaltung.

(4) Die Aufgaben der Verbandsverwaltung sind insbesondere

1. die Erarbeitung der Entwürfe des Regionalplans und der Braunkohlenpläne sowie zu deren Fortschreibung einschließlich Monitoring
2. die Vorbereitung von Stellungnahmen, die in die Zuständigkeit der Versammlung fallen
3. die Abgabe von Stellungnahmen, soweit eine Übertragung nach § 1 Abs. 2 erfolgt ist
4. die Koordination der erforderlichen Aktivitäten zu den Mitglieds Körperschaften und zu Dritten
5. die inhaltliche und fachliche Vorbereitung der Sitzungen der Verbandsorgane und die Erstellung der dazu erforderlichen Unterlagen
6. die Hinwirkung auf die Verwirklichung des Regionalplans und der Braunkohlenpläne
7. die Organisation der Wirtschaftsführung des Verbands nach den Maßstäben der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit
8. die Wahrnehmung und Organisation der Führung der Kassengeschäfte nach Maßgabe der Richtlinien der Versammlung und nach den Weisungen des Verbandsvorsitzenden einschließlich der Möglichkeit zum Abschluss von Geschäftsbesorgungsverträgen mit Dienstleistern
9. die Unterstützung des Verbandsvorsitzenden bei der Wahrnehmung der Geschäfte der laufenden Verwaltung des Verbands, bei der Vertretung des Verbands in Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten sowie bei der Öffentlichkeitsarbeit

§ 9 – Deckung des Finanzbedarfs und Verbandswirtschaft

(1) Zur Deckung der nicht bereits durch die Zuwendung nach § 12 Abs. 2 SächsLPIG abgedeckten übrigen Aufwendungen erhebt der Verband von seinen Mitglieds Körperschaften eine Umlage, deren Höhe mit der Haushaltssatzung jeweils festzulegen ist.

(2) Der jeweilige Anteil an der Umlage wird bestimmt nach der Einwohnerzahl der Umlagepflichtigen zum 31. Dezember des dem Haushalt vorvorangegangenen Jahres. Sie ist bis zum 01.03. des jeweiligen Haushaltsjahrs fällig.

(3) Die örtliche Prüfung des Verbands erfolgt jährlich jeweils für drei aufeinander folgende Rechnungsjahre durch

ein Rechnungsprüfungsamt der Mitglieds Körperschaften. Die Reihenfolge wird beginnend mit der Prüfung des Haushaltsjahrs 2009 wie folgt bestimmt:

- Landkreis Leipzig
- Landkreis Nordsachsen
- Stadt Leipzig

Nach dem Durchlaufen des angegebenen Prüfzyklus beginnt die Reihenfolge von vorn.

(4) Für den Fall, dass ein für die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses pflichtiges Mitglied diese nicht selbst durchführen kann, darf dieses einen Dritten zur Prüfung hinzuziehen. Das pflichtige Mitglied beauftragt den Dritten (einen Wirtschaftsprüfer) direkt und teilt die Beauftragung an den Regionalen Planungsverband mit.

(5) Zur technischen Abwicklung der örtlichen Prüfung einschließlich einer unvermuteten Kassenprüfung führt die Verbandsverwaltung Abstimmungen mit dem pflichtigen Mitglied, erarbeitet im Einvernehmen mit diesem eine Aufgabenstellung zur Spezifik der Leistung und holt mindestens drei Angebote bei potenziellen Dienstleistern ein.

(6) Die tatsächlichen Kosten sind durch das pflichtige Mitglied selbst zu tragen, soweit diese einen Gesamtbetrag von 2.500,00 € einschließlich der gesetzlichen Mehrwertsteuer überschreiten. Der Regionale Planungsverband vergütet gegenüber dem pflichtigen Mitglied den tatsächlichen Aufwand bis zur genannten Höchstgrenze.

§ 10 – Öffentliche Bekanntmachungen

Öffentliche Bekanntmachungen des Verbands zu Sitzungsterminen der Verbandsorgane (mit Tagungsort, -zeit, Tagesordnung und vorgesehenen Beschlussfassungen; spätestens fünf Kalendertage vor dem Termin) bzw. mit Maßgeblichkeit für Fristen und Bindungswirkungen erfolgen im Amtlichen Anzeiger des Sächsischen Amtsblatts und zusätzlich auf der Homepage des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen (→ www.rpv-west-sachsen.de). Ersatzbekanntmachungen können unter Einhaltung der Fristen in den Regionalausgaben der Leipziger Volkszeitung vorgenommen werden.

§ 11 – Inkrafttreten

Die Satzung tritt mit der Bekanntmachung im Amtlichen Anzeiger des Sächsischen Amtsblatts in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verbandssatzung vom 11. Juli 2019, veröffentlicht am 1. August 2019 (SächsABl. AAz. S. A527) außer Kraft.

Leipzig, den 22.01.2025

Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen
Henry Graichen
Verbandsvorsitzender

Anlage
Gemeinden im Braunkohlenplangebiet
Leipzig-West Sachsen

Teile des Landkreises Leipzig

- Bad Lausick, Stadt
- Belgershain
- Böhlen, Stadt
- Borna, Stadt
- Elstertrebnitz
- Frohburg, Stadt
- Groitzsch, Stadt
- Großpösna
- Kitzscher, Stadt
- Markkleeberg, Stadt
- Markranstädt, Stadt
- Neukieritzsch
- Pegau, Stadt
- Regis-Breitingen, Stadt
- Rötha, Stadt
- Zwenkau, Stadt

Teile des Landkreises Nordsachsen

- Delitzsch, Stadt
- Krostitz
- Löbnitz
- Rackwitz
- Schkeuditz, Stadt
- Schönwölkau
- Wiedemar

Kreisfreie Stadt Leipzig

**Bekanntmachung
des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien
über die 124. Sitzung der Verbandsversammlung
Erweiterte Tagesordnung**

Vom 24. Januar 2025

Der Regionale Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien lädt für den 14. Februar 2025 zur nächsten Sitzung der Verbandsversammlung (öffentliche Sitzung) in das Haus der Tausend Teiche, Warthaer Dorfstraße 29, 02694 Malschwitz OT Wartha ein.

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Beschlussfassung zur Tagesordnung
2. Bestätigung des Protokolls der 123. Verbandsversammlung vom 6. November 2024
3. Sachliche Teilfortschreibung der Zweiten Gesamtfortschreibung des Regionalplanes für das Kapitel 6.4 Energieversorgung und erneuerbare Energien – Vorstellung und Diskussion der Abwägungsvorschläge
 - Allgemeine Informationen zur Abwägung
 - Abwägungsvorschlag der Verbandsverwaltung zu den eingegangenen Stellungnahmen zur Scoping-Unterlage für die Umweltprüfung
 - Abwägungsvorschlag der Verbandsverwaltung zu den eingegangenen Stellungnahmen zum Vorentwurf
4. Beschlussfassung zur Stellungnahme zum Zielabweichungsverfahren zum B-Plan Nummer 34 „PV-Anlage Klein Neida“ der Stadt Hoyerswerda
5. Beschlussfassung zur Stellungnahme zum Zielabweichungsverfahren zum B-Plan „Photovoltaikfreiflächenanlage Groß Düben“ der Gemeinde Groß Düben
6. Beschlussfassung zur Stellungnahme zum Zielabweichungsverfahren zum Antrag auf Baugenehmigung „Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage“ der BOREAS Energie GmbH
7. Beschlussfassung zur Stellungnahme zum Zielabweichungsverfahren für eine Photovoltaik-Anlage der Klar-Volt GmbH
8. Beschlussfassung zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan für 2025
9. Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses 2022
10. Informationen zum Prüfungsbericht über die überörtliche Prüfung des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien für die Haushaltsjahre 2009 bis 2022
11. Bekanntgaben und Anfragen

Bautzen, den 24. Januar 2025

Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien
Dr. Stephan Meyer
Verbandsvorsitzender

Gerichte

Aufgebotsverfahren

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 49/24

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE74 8705 0000 3100 2950 47, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51 in 09111 Chemnitz auf den Namen Elke Körner, wohnhaft Straße Usti nad Labem 261, 09119 Chemnitz, wird der Ausschließungs-

beschluss vom 22. Januar 2025 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz im Zimmer 2.124 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 22. Januar 2025

Amtsgericht Chemnitz
Pfaff
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 50/24

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes über die im Grundbuch des Amtsgerichts Chemnitz von Bernsdorf, Blatt 1406 in Abteilung III unter Nummer 3 eingetragenen Grundschuld in Höhe von 140 700,00 Euro, wird der Ausschließungsbeschluss vom

22. Januar 2025 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz im Zimmer 2.124 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 22. Januar 2025

Amtsgericht Chemnitz
Pfaff
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 57/24

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 22. Januar 2025 folgendes Aufgebot veröffentlicht:

Herr Alfred Kutter, Salzstraße 40, 09113 Chemnitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE60 8705 0000 3326 01575 54, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz auf den Namen Alfred Kutter, zuletzt wohnhaft Unseburger

Weg 5, 39443 Staßfurt OT Atzendorf, beantragt. Der Ausstellerin des Sparbuches wird verboten, an den Inhaber des Papiers eine Leistung zu bewirken, insbesondere Zahlungen zu leisten.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 22. April 2025 seine Rechte schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Chemnitz, den 23. Januar 2025

Amtsgericht Chemnitz
Pfaff
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 64/24

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 22. Januar 2025 folgendes Aufgebot veröffentlicht:

Herr Jens Werner, Baumgartenstraße 23, 09224 Chemnitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Grundschuldbriefes über die im Grundbuch des Amtsgerichts Chemnitz von Gröna, Blatt 512 in Abteilung III unter Nummer 1 eingetragene

Grundschuld in Höhe von 3 625,00 Goldmark nebst 5 Prozentpunkten über Basiszinssatz gemäß § 246 des Bürgerlichen Gesetzbuches seit 1. April 1928 beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 22. April 2025 seine Rechte schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Chemnitz, den 23. Januar 2025

Amtsgericht Chemnitz
Pfaff
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 69/24

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 22. Januar 2025 folgendes Aufgebot veröffentlicht:

Frau Erika Uhlig, Jahnweg 5, 09337 Hohenstein-Ernstthal, vertreten durch Steffi Uhlig, Hofer Straße 32 B, 09224 Chemnitz OT Mittelbach hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE56 8705 0000 3277 0135 60, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51,

09111 Chemnitz auf den Namen Erika Uhlig, wohnhaft Jahnweg 5, 09337 Hohenstein-Ernstthal, beantragt. Der Ausstellerin des Sparbuches wird verboten, an den Inhaber des Papiers eine Leistung zu bewirken, insbesondere Zahlungen zu leisten.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 22. April 2025 seine Rechte schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Chemnitz, den 23. Januar 2025

Amtsgericht Chemnitz
Pfaff
Rechtspflegerin

Zivilgericht

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal **Aktenzeichen: 4 C 533/24**

Die öffentliche Zustellung der Klageschrift/Anspruchsbegründung vom 14. November 2024 und der gerichtlichen Verfügung vom 3. Dezember 2024 wurde bewilligt.

Der Zustellungsadressat ist (mit letzter bekannter Adresse): Andreas Neumann, Humboldtstraße 7, 09130 Chemnitz

Prozess-/Verfahrensgegenstand: Klageverfahren

Die genannten Schriftstücke können in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 130 eingesehen werden.

Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Hohenstein-Ernstthal, den 16. Januar 2025

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Fries
Richter am Amtsgericht

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal **Aktenzeichen: 4 C 418/24**

Die öffentliche Zustellung des Versäumnisurteils des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal vom 16. Januar 2025 wurde bewilligt.

Zustellungsadressaten sind (jeweils mit letzter bekannter Adresse): Sandra Welens, Weststraße 2, 09366 Stollberg/Erzgeb. sowie Marko Welens, Weststraße 2, 09366 Stollberg/Erzgeb.

Hohenstein-Ernstthal, den 16. Januar 2025

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Fries
Richter am Amtsgericht

Prozess-/Verfahrensgegenstand: Klageverfahren

Das genannte Schriftstück kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 133 eingesehen werden.

Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Aktenzeichen: 4 C 468/24

Die öffentliche Zustellung des Versäumnisurteils vom 17. Januar 2025 wurde bewilligt.

Der Zustellungsadressat ist: Andreas Neumann, derzeit unbekannten Aufenthalts; mit letzter bekannter Adresse wohnhaft gewesen: Westring 71, 08393 Meerane

Prozess-/Verfahrensgegenstand: Klageverfahren

Das genannte Schriftstück kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 133 eingesehen werden.

Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Hohenstein-Ernstthal, den 17. Januar 2025

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Fries
Richter am Amtsgericht

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Aktenzeichen: 4 C 561/24

Die öffentliche Zustellung der Klageschrift/Anspruchsbegründung vom 2. Dezember 2024 und der gerichtlichen Verfügung vom 17. Januar 2025 wurde bewilligt.

Der Zustellungsadressat ist: Nikolay Dzharkin, derzeit unbekannten Aufenthaltes, letzter bekannter Aufenthalt: Westring 79, 08393 Meerane

Prozess-/Verfahrensgegenstand: Klageverfahren

Die genannten Schriftstücke können in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 133 eingesehen werden.

Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Hohenstein-Ernstthal, den 17. Januar 2025

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Fries
Richter am Amtsgericht

Stellenausschreibungen

In der **Stadt Oelsnitz/Erzgeb.** ist die **kommunale Wahlbeamtenstelle**

der/des Beigeordneten

ab dem 1. Juni 2025 wegen Ablauf der Wahlperiode erneut zu besetzen. Die/der Beigeordnete wird unter Beachtung von § 56 Absatz 2 in Verbindung mit § 28 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung vom Stadtrat im Einvernehmen mit dem Bürgermeister gewählt.

Der Stelleninhaber bewirbt sich nach eigenem Bekunden erneut.

Gesucht wird eine belastbare, verantwortungsbewusste, kompetente, entscheidungsfreudige und kooperative Persönlichkeit.

Der/die Bewerber/in muss die für das Amt erforderlichen fachlichen Voraussetzungen erfüllen (§ 56 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung). Der/die Bewerber/in soll insbesondere sowohl auf den Gebieten des Kommunalrechts, der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, des Bauplanungs- und Bauordnungsrechts und des Vergaberechts als auch im allgemeinen Verwaltungsrecht Sachkunde besitzen. Der/die Bewerber/in soll neben einem Abschluss für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst beziehungsweise für die Laufbahngruppe 2 Fachrichtung Allgemeine Verwaltung mehrjährige Erfahrungen in Leitungsfunktionen der öffentlichen Verwaltung im vorgenannten Bereich vorweisen. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister und den politischen Gremien ist ebenso Voraussetzung wie eine hohe Belastbarkeit, hohes Verantwortungsbewusstsein, Verhandlungsgeschick, umfangreiche kommunalpolitische Erfahrungen und Durchsetzungsfähigkeit bei der Wahrnehmung städtischer Belange.

Der übertragene Geschäftsbereich umfasst gegenwärtig neben der allgemeinen Vertretung des Bürgermeisters die Sachgebiete Bauverwaltung (unter anderem Vergabestelle, Bauplanungs- und Bauordnungsangelegenheiten, Hoch- und Tiefbau), öffentliche Ordnung und Sicherheit (unter anderem Widerspruchsstelle, das städtische Handeln als Ortspolizeibehörde, Brandschutz- und Feuerwehren, Straßen- und Straßenverkehrsangelegenheiten), das

Sachgebiet Bürgerservice (unter anderem Einwohnermeldewesen, Gewerbeangelegenheiten, Wahlen und Personenstandswesen) und das Sachgebiet Liegenschaften. Des Weiteren beinhaltet die Aufgabenstellung die Erstellung/Änderung von Satzungen und Rechtsverordnungen für alle Verwaltungsbereiche sowie die Vertretung der Stadt Oelsnitz/Erzgeb. vor Gericht.

Eine Änderung des Geschäftsbereiches bleibt dem Bürgermeister im Einvernehmen mit dem Stadtrat ausdrücklich vorbehalten.

Bewerber/innen müssen für den öffentlichen Dienst gemäß Artikel 119 der Verfassung des Freistaates Sachsen geeignet sein. Für die Ernennung in das Wahlbeamtenverhältnis muss die Eignung vorhanden sein. Insbesondere müssen die persönlichen Voraussetzungen gemäß § 4 des Sächsischen Beamtengesetzes für die Berufung in das Beamtenverhältnis vorliegen. Die zu besetzende Stelle ist in gleicher Weise für alle Geschlechter sowie für Schwerbehinderte geeignet.

Anfallende Kosten anlässlich eines Vorstellungsgesprächs werden nicht erstattet.

Die Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit erfolgt für eine siebenjährige Amtszeit. Die Besoldung richtet sich nach den entsprechenden beamtenrechtlichen Vorschriften des Freistaates Sachsen.

Bewerbungen sind mit den üblichen Unterlagen (tabellarischer Lebenslauf, Zeugnisse, lückenloser Tätigkeitsnachweis, Referenzen)

bis zum 7. März 2025

zu richten an:

Stadtverwaltung Oelsnitz/Erzgeb.,
Rathausplatz 1,
09376 Oelsnitz/Erzgeb.,
Fachbereichsleiterin Hauptverwaltung/Finanzen, Frau Lohse –
unter Nennung des Kennwortes
„Ausschreibung Beigeordnete/r“.